

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 26 (1932)
Heft: 7-8

Artikel: Zur Weltlage : Lausanne ; Genf ; Die deutsche Revolution ; Die Weltgärung ; Die soziale Gärung ; Schweizerisches ; Die geistige Lage
Autor: Ragaz, Leonhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-136295>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Widerstand durch seine gewinnende Art hinweg. Jesus hält langsam aber sicher bei allen Leuten in Indien seinen Einzug, jawohl bei allen Leuten.

Ich wandte mich zu ihnen (nationalistischen Hindus) und sagte: „Brüder, was können wir tun mit diesen 60 Millionen Kastenlosen? Sie sind wie ein Mühlstein am Halse unseres Volkes. Unser Land wird nie stark werden, ehe wir sie heben. Wie können wir das tun?“ Ein nachdenklicher Hindu erhob sich und sagte: „Ein Christus wird nötig sein, um sie zu heben.“

Es gibt in Indien eine schöne Hochzeitsitte, die uns ein wenig klarmacht, was unsere Aufgabe in Indien ist und wo sie aufhört. Bei der Hochzeitsfeier begleiten die Freundinnen der Braut diese mit Musik zu dem Heim des Bräutigams. Sie führen sie bis hin zum Bräutigam — soweit können sie mitgehen, und dann ziehen sie sich zurück und lassen sie mit dem Bräutigam allein. Das ist unsere freudvolle Aufgabe in Indien, daß wir ihn kennen, ihn einführen, uns zurückziehen — nicht notwendig im geographischen Sinne, aber daß wir Indien Christus anvertrauen und Christus Indien anvertrauen. Nur soweit können wir mitgehen — Indien und Christus müssen den Rest des Weges allein gehen.

Indien fängt an, mit dem Christus der indischen Landstraße zu wandern. Was für eine Wanderung wird das sein!

Hans Ribner.



Zur Weltlage



Seit der letzten Monatschau haben sich Ereignisse von der größten Bedeutung vollzogen. Meine Leser kennen gewiß die wichtigsten aus der Tagespresse genügend, so daß ich mich auf einen Ueberblick und eine Beleuchtung beschränken darf.

Ich will, aus Gründen, die im Verlauf meiner Erörterung von selbst klar werden, diesmal die chronologische Reihenfolge beobachten und also die Geschehnisse in ihrem zeitlichen Ablauf verfolgen. Da kommt dann zuerst

Lausanne.

Es ist über ihm also doch ein guter Stern gestanden. So meint wenigstens alle Welt. Das große Ergebnis ist die *Liquidierung der Reparationen*. Und zwar ist diese, wie wir das besonders im Januarheft gefordert haben, nicht in der Form von einfacher Kündigung, sondern von gütlicher Abmachung geschehen. Zum Zeichen dafür soll Deutschland noch drei Milliarden zahlen, aber nun nicht mehr als Reparationen („Tribute“), sondern in einen Fonds für europäischen „Wiederaufbau“.

Es ist zunächst ein großer Erfolg für Deutschland. Denn man bedenke: Deutschland hat in Versailles einst selber 100 Milliarden angeboten. In Spa redete man von 230 (oder 240?) und im Haag wurde die Summe auf 132 angesetzt. Nach dem Youngplan wäre Deutschland noch 34 Milliarden schuldig gewesen. Und nun drei Milliarden, von denen alle Welt annimmt, daß sie *nicht* bezahlt werden! *Bezahlt* hat Deutschland nach englischen, also recht unparteiischen Berechnungen im ganzen etwa 25 bis 30 Milliarden. Die zäh und raffiniert festgehaltene deutsche Politik, die Reparationen möglichst wohlfeil loszuwerden, hat also zu einem glänzenden Siege geführt. Ob man Deutschland zu diesem Sieg wirklich beglückwünschen darf, ist eine andere Frage. Er hat vielleicht zu viel gekostet! Tragisch ist jedenfalls, daß dieser Erfolg nicht einer der früheren, etwa einer sozialistischen Regierung (es gab ja solche), sondern ausgerechnet einer reaktionären, halbfaschistischen zuteil geworden ist. Das erscheint, wenigstens auf den ersten Blick, wie eine Unvernunft der Geschichte.

Deutschland¹⁾ hat in Lausanne freilich nicht alles durchgesetzt, was es wenigstens pro forma begehrte. Es gewährte, paradoxer Weise, als Kompensation für das, was es erhielt, einige große — *Forderungen*, Forderungen, die auf eine völlige Zerstörung des Versailler-Vertrages hinausliefen: die Aufhebung des sogenannten Schuldparagraphen im Versailler Vertrag und die Erlaubnis zur Aufrüstung. Für letztere hatte es seltsamerweise Geld genug und es guckte wirklich der Pferdefuß heraus, als von Papen, nach all den Versicherungen, Deutschland *könne* nicht mehr zahlen, auf einmal Zahlungen anbot, falls man Deutschland die Aufrüstung (die dazu noch Geld kostet!) erlaube. Was aber den Schuldparagraphen betrifft, so will er ja gar nicht das behaupten, was man in Deutschland darin sieht, nämlich die deutsche Alleinschuld. Aber in der Forderung, daß er gestrichen werde, kam die andere Einzelparadoxie zum Vorschein: *Wenn irgend etwas eine Kompensation für den Erlaß der Reparationen hätte sein können, so wäre es ein offenes Bekenntnis der deutschen Schuld gewesen, dem dann freilich eins der Andern hätte entsprechen müssen.* Das erst wäre im doppelten Sinne des Wortes die Liquidierung der „Kriegsschuld“ gewesen. Und dann erst wäre Lausanne ganz sicher ein Segen für Deutschland und die Welt. So aber ist das nur bedingt der Fall. Es ist gewiß ein Triumph des Friedensgedanken, aber es ist auch ein Triumph des deutschen Nationalismus. Darum ist Lausanne im günstigsten Falle ein guter *Anfang*. Der deutsche Nationalismus, hinter dem Hitler stand, hat in Lausanne diese „politischen“ Forderungen vielleicht nur aus taktischen

¹⁾ Wenn ich im Folgenden einfach von „Deutschland“ rede, so meine ich damit oft einfach die Regierung von Papen-Schleicher, nicht das gesamte deutsche Volk als solches.

Gründen gestellt: einerseits, um desto eher das Andere zu erreichen, andererseits, um Hugenberg und Hitler nicht Wasser auf die Mühle zu liefern, aber wenn er weiter lebt und gar noch wächst, wird er diese Forderungen neu stellen, und zwar bald, und andere dazu. Es ist also wohl gut, daß die Reparationsfrage erledigt ist, aber damit ist sowohl politisch als wirtschaftlich höchstens ein Stein aus einem Wege geräumt, auf dem sich Felsen, ja Berge auftürmen. Denn daß die Reparationen die *Hauptursache* der wirtschaftlichen Weltkatastrophe gewesen seien, können nur ganz verflachte Menschen behaupten. Lausanne ist also, im besten Falle, nur eine Station, nicht mehr.

Lausanne weist zunächst nach

Genf.

Das in Lausanne Beschlossene hat nur Gültigkeit, wenn auch Amerika seine Forderungen streicht. Das ist durch ein sogenanntes Gentlemen Agreement der Gläubigermächte, das dann zu einem „Vertrauenspakt“ auswuchs, festgelegt worden. Dieser Vertrauenspakt reicht über die bloße Reparationsfrage hinaus und hat so etwas wie eine europäische entente cordiale im Auge, freilich nur in sehr vager Form. Eine Tatsache ist immerhin, daß in Lausanne besonders zwischen Frankreich und England eine gewisse Verständigung hergestellt worden ist, welche auch durch Italiens Sprengversuche nicht zerstört werden konnte und wesentlich zum „Gelingen“ der Konferenz beigetragen hat, und Tatsache ist, daß Deutschland trotz Mussolini in Lausanne zuletzt allein stand. Ob sich der deutsche Nationalismus dadurch warnen läßt? Geht Deutschland mit den Andern wirklich den Weg des allgemeinen „Wiederaufbaus“, so eröffnen sich auch gerade für es selbst Ausichten, wie es sie in seiner ganzen Geschichte nur selten gehabt hat, geht es aber den Weg seines imperialistischen Machttraumes, so wird es sich plötzlich allein sehen und im Abgrund enden. Es ist inzwischen, wie auch die meisten andern Staaten, die in die Reparationsfrage verflochten sind, jenem Vertrauenspakt beigetreten, der damit auch etwas wie ein Schatten von Briands Europäischer Union wird. Das wäre zunächst die „Einheitsfront“ der Schuldner gegenüber Amerika, aber es wäre noch etwas mehr.

Was nun die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Schulden betrifft, so ist nicht zu leugnen, daß sich hierin die Lage gründlich geändert hat. Es ist wohl ziemlich gewiß, daß es seit längerer Zeit offiziöse amerikanische Versicherungen gibt, daß Amerika in bezug auf jene Schulden werde mit sich reden lassen, wenn Europa einmal seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht habe, und man darf annehmen, daß dies der Hintergrund ist, der sowohl Macdonalds als auch Herriots Verhalten erklärt. Sensationell wirkende Aeußerungen des bekannten, im

übrigen sehr sprunghaften Senators Borah, des Vorsitzenden der Senatskommission für das Auswärtige, und manch andere Zeichen weisen nach der gleichen Richtung. Wieder ist paradox, daß das, was die prosperity nicht vermochte: Amerika seine Solidarität mit Europas Schicksal zu zeigen, nun der doom zustande zu bringen scheint.¹⁾ Denn trotz seines mindestens 11 Millionen Arbeitslosen und seinem staatlichen Jahresdefizit von mehr als 10 Milliarden Schweizerfranken, ja vielmehr gerade auch infolge davon, sieht man drüben immer besser ein, daß die europäische Wohlfahrt auch für Amerika wichtiger ist, als die Schuldentzahlungen, die ohnehin unsicher wären.

Vor allem aber ist die *Verbindung der Schuldenfrage mit der Abrüstungsfrage* nun ins hellste Licht getreten. *Amerika streicht seine Schulden nur um den Preis einer radikalen europäischen* (die japanische nach sich ziehenden) *Abrüstung*. Diese große Tatsache ist es, die der *Abrüstungsinitiative Hoovers* ihr ganzes Gewicht verleiht. Dieser Hoover'sche Vorstoß ist eines von jenen Ereignissen, von denen ich bei Anlaß des davon formell so verschiedenen Tardieufchen erklärt habe, daß sie allein neben der Erhebung der Völker die Abrüstungskonferenz vor dem völligen Versinken in Sand und Sumpf einer großen Lüge bewahren könnten. Daß neben Wahlspekulation und Wirtschaftsnot auch Idealismus, d. h. echter Friedenswille, hinter Hoovers Vorgehen steht, scheint mir über allem Zweifel zu sein. Auch die Wahlspekulation setzt übrigens einen amerikanischen Friedenswillen voraus. Und er besteht wirklich.

Aber so sehr dieser Vorstoß Hoovers, dessen wesentlicher Punkt neben der Abschaffung der sogenannten Angriffswaffen die Forderung einer Rüstungsbeschränkung um ein volles Drittel ist (was auch bedeutend über die Forderung der Völkerbundsvereinigungen hinausgeht, welche dadurch beschämt werden), als Beunruhigung der Gewissen und Schlag in die faulen und giftigen Wasser, worin Militarismus, Pseudopazifismus und Rüstungsinteresse sich immer sicherer tummeln, zu begrüßen ist, so muß man sich doch völlig darüber klar sein, wie wenig er im übrigen noch bedeutet, ja welche *Gefahr* er in sich birgt. Er könnte nämlich leicht in den Dienst einer doppelten *Lüge* treten. Die eine Lüge ist die Abschaffung der sogenannten Angriffswaffen: der größten Kanonen, Tanks, Unterseeboote, Kriegsschiffe und das Verbot des Luftkrieges. Ein jedes Kind weiß, daß das bloßer Trug ist und am besten wissen es die Generalstäbler und Rüstungsinteressenten, die in Genf „Abrüstung“ machen. Es ist ihnen allen völlig klar, daß solche Verbote im Kriegsfall so wenig beachtet würden, als das ja damals auch schon vorhandene Verbot der Giftgase und so fort im letzten Krieg. Nicht einmal das Argument hat

¹⁾ Prosperity = Wohlstand, doom = Katastrophe.

einen Wert, daß durch ein solches Verbot wenigstens ein *Ueberfall* verhütet werde, weil man ja immerhin Zeit brauche, um jene furchtbarsten Angriffswaffen herzustellen. Denn es wird ein Leichtes sein, sie im Stillen vorzubereiten und sie einer ohnehin sehr illusionären Kontrolle zu entziehen. Aber dieser Trug paßt den vor allem um die Erhaltung der Armeen und Rüstungen besorgten Genfer Abrüftern vortrefflich. Sie können damit die Völker und ein wenig sich selbst täuschen. Wie besonders die *Schweizerische* Delegation sich diese große Lüge zu Nutzen macht, soll später noch gezeigt werden. Diese Lüge wird noch dadurch potenziert, daß die gleichen Leute, die sonst auf alle Sicherheits- und Schiedsgerichtsverträge und auf den Völkerbund selbst pfeifen — wenn auch nicht durch Worte, so doch durch Taten —, nun auf einmal, weil es ihnen so paßt, dem illusionärsten aller Verträge, einem Abrüstungsvertrag, der darin besteht, dem Krieg eine humane Maske umzubinden, Glauben zu schenken vorgeben.

Die zweite Lüge ist, daß es einem Teil von denen, die am lautesten nach Abrüstung rufen, damit natürlich gar nicht ernst ist. Das gilt neben der Schweiz besonders von Italien und Deutschland. Was Italiens wahre Meinung ist, zeigt am besten folgender, aus der neuesten Zeit stammender Ausspruch Mussolinis:

„Der faschistische Staat ist der Ausdruck des Willens zur Macht und Herrschaft. Die römische Ueberlieferung findet in ihm ihre Wiedergeburt als Symbol der Kraft. Das Imperialistische tritt nicht nur als Ausdruck territorialer, militärischer und wirtschaftlicher Tendenzen in Erscheinung, sondern auch als solcher von geistiger und sittlicher Art. Es gibt einen Imperialismus, der auch ohne Eroberung eines einzigen Quadratkilometers bestehen kann. Für den Faschismus bedeutet das Impero den Trieb zur Ausbreitung und als solcher ist er ein Zeichen der Lebensfähigkeit; das Gegenteil wäre ein Beweis von Dekadenz. Alle Völker, die ihre Wiedergeburt feiern, sind imperialistisch, die absterbenden Völker sind die, welche verzichten und klein beigeben. Der Imperialismus hat seine Forderungen an die Nation: Disziplin, Zusammenfassung aller Kräfte, Pflichtgefühl und Opferwilligkeit. Deshalb ist es auch nötig, daß der Faschismus unerbittlich gegen alle Bestrebungen vorgeht, welche die vitalen Erscheinungen im Italien des 20. Jahrhunderts mit den veralteten Schwärmereien des 19. Jahrhunderts hindern wollen. *Der Faschismus glaubt weder an die Möglichkeit, noch an die Nützlichkeit eines Dauerfriedens.* [Von der Redaktion gesperrt.] In seinen Augen ist der Verzicht auf Kampf nichts anderes als Feigheit. Nur der Krieg spornt die Menschen zur Höchstleistung an; nur der Krieg verleiht den Völkern, die ihn nicht scheuen, den wahren Adel!“¹⁾

Soll man es etwa nicht Lüge nennen, wenn der Verfasser solcher Tiraden als Vorkämpfer der Abrüstung auftritt?

Aber ebenso klar ist, daß die „*Rüstungsgleichheit*“ als Parole eines nationalistischen Deutschland nicht anderes bedeutet, als *Aufrüstung*, und das heißt: Wiederherstellung der alten deutschen Heeresmacht. Nur Kinder und Narren oder allzu naive Pazifisten können sich darüber einer Täuschung hingeben. Im Munde jener Leute be-

¹⁾ Nach der „Nationalzeitung“ zitiert.

deutet Abrüstung die Schwächung Frankreichs zu Gunsten des deutschen und italienischen Militarismus, nichts anderes. Der italienische besitzt neben seinem Berufsheer eine militaristische Organisation des ganzen Volkes. Das gleiche gilt von dem deutschen. Da ist die Hitlerarmee, da ist der Stahlhelm und ähnliche Gebilde. Aber auch der neu zu schaffende *Arbeitsdienst* hat ganz deutlich den Zweck, sich in diese neue militärische Organisation des deutschen Volkes einzufügen. Es ist nicht einmal ganz sicher, ob das Reichsbanner eines Tages nicht auch in diesen Zusammenhang geraten wird. Das *Milizsystem*, das unsere offiziellen „Pazifisten“ als Friedensinstrument so sehr empfehlen, wäre dafür eine prächtige Kulisse. Namentlich Motta, dieser große Friedensapostel, an den in Helvetien noch so viele Kinder glauben, erscheint besonders auch in dieser Beziehung als einer der schlimmsten Helfershelfer eines neuen Militarismus, der noch viel furchtbarer wäre als der alte.

Auf diesen Wegen der Lüge kann es natürlich nicht zu etwas kommen, was *Segen* bedeutete, sondern nur zu vermehrter Lüge. Man muß der deutschen Delegation geradezu dankbar sein, daß sie diesen ganzen Sachverhalt für alle, die noch sehen können und wollen, klargestellt hat, durch ihre Erklärung, daß sie bei der Abrüstungskonferenz nicht mehr mitmachen werde, wenn nicht der Grundsatz der Rüstungsgleichheit, d. h. der deutschen Aufrüstung, unzweideutig festgelegt werde.

Das ist der Punkt, an dem wir stehen. Eine Schlußresolution, über deren Inhaltslosigkeit sich auch nur täuschen kann, wer getäuscht sein *will*, kann den Sachverhalt nicht verschleiern. Henderson selbst gibt ihn zu. Und er weist auf den gleichen Weg, den auch wir immer wieder zeigen, nur es noch etwas radikaler meinend: *die Revolution der Völker gegen das ganze Teufelsystem des Militarismus*. Aber es muß eine *gründliche* Revolution sein, eine, die dem Gewaltglauben an die *Wurzeln* geht. Darum muß ich, trotz freundschaftlicher Einsprache, dabei bleiben, daß der von *Barbuse* und *Romain Roland* geplante *Kongreß* gegen den Krieg unserer Sache nicht dienen kann. Denn diese Männer sind für eine gewaltsame und blutige soziale Revolution und allfällig auch für einen Völkerkrieg, wenn er Rußland sollte zu dienen scheinen, und der ganze Kongreß ist auf eine Propaganda für Rußland, „unser gemeinsames ideales Vaterland“ (*Romain Roland*) und den Kommunismus berechnet. Deswegen bleibt es doch eine Schande, daß Genf ihn verboten hat. Denn trotz allem: es wird an diesem Kongreß immerhin noch mehr echter Friedenswille herrschen, als bei den Generalstäblern und ihren Verbündeten in der Aufrüstungskonferenz zu Genf.

Jene Revolution wird von selbst auch die *Gleichheit* schaffen, aber nicht im Sinne der deutschen Militärkaste, die diese fordert.

Die deutsche Revolution.

Und nun kommen wir erst zur Hauptsache, zu dem, worauf diese ganze Darstellung und nicht nur sie, sondern die Entwicklung der Ereignisse überhaupt, sich zuspitzte: der neuen deutschen Revolution. Denn daß es sich bei der neuesten deutschen Wendung um eine *solche* handelt, ist doch klar. Es ist eine Revolution *von rechts her*. Das Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofes kann darüber niemand täuschen. Denn das ganze Reichsgericht ist ja längst nur noch ein Werkzeug der äußersten Reaktion. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und die Absetzung seiner durchaus rechtmäßigen Regierung, dazu dutzender, zum Teil hochverdienter, meistens sozialdemokratischer hoher Beamter, ist, politisch und moralisch betrachtet, ein *gewalttätiger Staatsstreich*, mag auch rein *formell* der so furchtbar mißbrauchte § 48, den eine unbegreiflich große Torheit in die Weimarer Verfassung gebracht, ihm einen Schein von Legalität verleihen. Nachdem die neue Regierung selbst der Hitlerarmee das Tragen der Uniformen (die 50 Millionen Mark gekostet haben sollen) erlaubt und damit die schwerste aller Provokationen geschaffen hat, wirkt es schon als Farce, wenn nun die gleiche Reichsregierung gegen die sozialdemokratische preußische Regierung mit der Behauptung vorgeht, sie habe nicht genügend für Ruhe und Ordnung gesorgt.¹⁾ Der alte Hindenburg aber, dieser vielgepriesene Hort der strengen Legalität und Loyalität, gibt seinen Namen zu einer nur für Kinder legal drapierten frevelhaften Gewalttat her, die das deutsche Volk schwer wird bezahlen müssen, die es teurer zu stehen kommen wird, als die Reparationen.

Welches ist im übrigen der Sinn dieser Vorgänge? Das neue Regime steht immer noch im Zwielficht. Ist es mit dem Hitlertum verbündet oder will es diesem im Grunde den Weg vertreten? Beides scheint richtig zu sein. Hitler und Schleicher spielen mit und gegen einander ein ziemlich dramatisches Spiel. Jeder benutzt den andern und es wird sich zeigen, welcher der Schlauere sein wird. Jedenfalls scheint ein „Pakt“ zwischen ihnen zu bestehen, der zunächst auf eine Teilung der Macht hinausläuft in dem Sinne, daß Hitler mehr die *Länder* ausgeliefert würden und Schleicher mehr das *Reich* (mit der

¹⁾ Es gibt eine Auffassung dieser Dinge, wonach all diese Maßregeln nur den *einen* Zweck gehabt hätten, dem Nationalsozialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Uniformen hätten die Hitlerleute in den Augen der Bevölkerung kompromittieren, die dadurch erzeugten Unruhen das Einschreiten gegen Preußen rechtfertigen, dieses aber Hitler einen Trumpf rauben sollen. Mag diese Deutung auch vieles für sich haben, so wird ein solches Verfahren dadurch doch nicht gerechtfertigt. Es gibt hier nicht einmal einen Zweck, der die Mittel heiligen könnte. Denn Schleicher genügt als solcher Zweck nicht. Auch ist zu bedenken, daß die *preußische* Schutzpolizei (Schupo) als republikanisch und sozialistisch galt und man ihr zutraute, allfällig sogar der Reichswehr gewachsen zu sein. Es lag also durchaus im Interesse der neuen Diktatur, durch Beseitigung der sozialistischen Regierung auch diesen letzten ernsthaften Widerstand zu brechen.

Reichswehr) bliebe. Der alte preußische Konservatismus will sich auf daß Roß des Nationalsozialismus schwingen, um es zu bändigen und zu seinen Zwecken zu nutzen. Ob das gelingen wird? Die Reichstagswahlen, die stattgefunden haben werden, wenn dieses Heft erscheint, werden ja wohl weitere Entscheidungen bringen. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht selbst eine Entscheidung bedeuten, aber sie werden Schleicher und Hitler zu Entscheidungen zwingen.

Das, was zunächst kommen wird, scheint indessen nicht unklar zu sein: *eine starke Reaktion*. Der Reichstag wird auf die Seite geschoben, die Macht des Präsidenten noch vermehrt, die Weimarer Verfassung im Wesentlichen aufgehoben werden. Die Wiedereinführung der Monarchie wird vielleicht folgen. Sozialdemokratie und Kommunismus (der „Marxismus“) sollen dann zerfchlagen werden. Das Gewerkschaftswesen wird man vielleicht versuchen, im Sinne einer halb katholischen, halb faschistischen „Ständeordnung“, oder eines „Berufsstaates“, umzugestalten. Der sozialpolitische „Abbau“ hat bereits eingesetzt.¹⁾ Eine „Reichsreform“ wird vielleicht versuchen, das ganze Reich in Preußen aufzulösen, worauf dann Preußen selbst verschwinden darf.

In der äußeren Politik ist die Fortsetzung des bisherigen Weges, nur, je nachdem, mit größerer Offenheit, zu erwarten. Man wird mit der Aufrüstung ohne weitere Scheu hervortreten, vielleicht einfach den ganzen Versailler Vertrag „kündigen“ und inzwischen jene neue militärische Organisation des ganzen Volkes, von der oben geredet worden ist, durchführen, zuerst noch ein wenig maskiert, dann offen.²⁾ Die Machtansprüche werden sich zunächst vor allem gegen den Osten wenden. Die deutsche politische Romantik reitet ja wieder mit Vorliebe „ins Ostland“. Man träumt davon, dort, sei's in Polen, sei's in Oesterreich und weiter im Südosten, sei's gar in Rußland, das zu holen, was man im Westen (vorläufig!) verloren hat. Auch *sozialistische* Romantiker machen dabei mit. Man wird, besonders um die Reaktion der ganzen Welt, in erster Linie die französische, zu ge-

¹⁾ Alle Versicherungsleistungen des Staates werden wesentlich (um 10—15%) gekürzt. An der Arbeitslosenhilfe allein wird eine halbe Milliarde gespart, dafür den Besitzenden, besonders dem Großgrundbesitz und der Schwerindustrie, gewaltige Zuwendungen gemacht. Auch für den „freiwilligen Arbeitsdienst“ hat man Geld, wir wissen nun warum.

²⁾ Inzwischen hat nun auch *Schleicher* erklärt, daß, wenn es in Genf nicht zur Erklärung der „Rüstungsgleichheit“ (d. h. zur Freigabe der deutschen Aufrüstung) komme, Deutschland von sich aus seine Wehrmacht „umbauen“ (d. h. die alte Militärmacht wiederherstellen) werde, während von *Papen* die Aufhebung (den „Umbau“) der Weimarer Verfassung in Aussicht stellt.

So lange die Dinge so stehen, kann natürlich von Abrüstung und europäischem Wiederaufbau keine Rede sein.

Davon das nächste Mal mehr.

1. August.

winnen, mit dem Kreuzzug gegen den Bolschewismus operieren und zugleich ein Bündnis mit Rußland gegen Frankreich als Eisen im Feuer behalten. Und über alles wird man einen prachtvollen Mantel breiten: *die Wiederaufrichtung des Christentums*. Man hofft damit auch das Zentrum zu fangen.

Wird es gelingen? Wird vielleicht ein völliger Sieg des Hitleriums diese Entwicklung beschleunigen und zur Explosion treiben? Und welches wird der *Widerstand* sein, den sie finden kann?

Die süddeutschen Länder, besonders Bayern, scheinen einen gewissen Damm sowohl gegen Schleicher als gegen Hitler bilden zu wollen. Es ist zu hoffen, daß er halte. Eine Konferenz der „Länder“ mit von Papen und von Gayl in Stuttgart scheint beschwichtigend gewirkt zu haben. Die völlige „Verpreußung“ wäre jedenfalls ein für Deutschlands Zukunft tödliches Unglück. Es ist im übrigen auch mit Zwiespalt im Lager des Nationalismus zu rechnen. Nicht nur steht Schleicher gegen Hitler, sondern auch Hugenberg, und im Hitlerlager besteht die Kluft zwischen dem reaktionären und dem revolutionären Flügel. Die Opposition, aus Sozialdemokratie, Kommunismus, Zentrum und Resten einer bürgerlichen Demokratie in protestantischen Kreisen bestehend, stellt wohl auf alle Fälle eine nicht verächtliche Macht dar. Es ist anzunehmen, daß weder Schleichers noch Hitlers Bäume in den Himmel wachsen. Trotzdem — es *kann* eine Periode völliger Herrschaft der Reaktion in dieser oder jener Form und einer völligen Niederwerfung der andern Kräfte kommen. Es ist nicht unmöglich.

Vor allem aber bewegt uns natürlich die Frage nach dem Schicksal des *Sozialismus*, in dem das der *Demokratie* enthalten ist. Eines ist gewiß: Was nun in Deutschland geschehen ist, bedeutet eine Katastrophe des Sozialismus. Daß ein Leutnant der Reichswehr mit ein paar Soldaten die sozialistische Regierung von Preußen, die Repräsentantin einer stolzen weltgeschichtlichen, welterneuenden Bewegung davonjagen darf, wie ein Lehrer etwa ein paar ungehorfame Schulbuben aus der Schule, ist ein in aller Geschichte fast unerhörte Wendung. Während man nach der großen Wahlniederlage der englischen Arbeiterpartei noch kein Recht hatte von einer Katastrophe zu reden, ist es vor *dieser* Sachlage Pflicht. Ob unsere Demagöglein sich entschließen müssen, diese Wahrheit den Arbeitern zu sagen, oder ob sie sich wieder einmal darum herumzudrücken versuchen werden, in der Meinung, ihren Stadtrats- oder Nationalratsfessel vermöchten sie auf alle Fälle zu retten, bleibt abzuwarten. Die Flut wird sie doch erreichen. Denn es ist eine Katastrophe für den *ganzen* Sozialismus und ihre Folgen werden sich rascher oder langsamer überall spürbar machen. *Gerettet* werden kann der Sozialismus nur, wenn die ehrliche und schwere Erkenntnis des Tatbestandes auf keine Weise verdunkelt wird, weder durch eine „marxistische“ Brille, noch

sonstwie. Und ebenso wenig darf der weitere Tatbestand verhüllt werden, daß es sich um ein schweres und im ganzen nicht unverdientes *Gericht* über den Sozialismus handelt. Ohne schwere Mängel und Sünden auf seiner Seite hätte es nie so gehen können. Die zum geistigen Hochmut werdende Sicherheit, ja Satttheit, womit er auf ungenügenden Grundlagen ruhen blieb; die Unfruchtbarkeit, welche zuletzt die Folge davon war; die Blindheit für fundamentale Tatsachen des menschlichen Wesens; der Verstoß nicht nur gegen falsche, sondern auch gegen echte Heiligtümer, und dies trotz reicher, aus den tiefsten und edelsten Beweggründen stammender Warnung — das alles *mußte* einmal zum Falle führen. Der Sozialismus hatte eine große Berufung, verfehrzte sie aber — ich hoffe mit aller Kraft meiner Seele: nur vorübergehend — durch Ueberhebung und Verblendung. Aus diesen Mängeln entstand jene *Politik*, welche die größte der sozialistischen Parteien des Festlandes besonders seit 1914 getrieben hat und deren Fiasco nun deutlich ist. Ganz besonders deutlich springt in die Augen, wie grundfalsch ihre *Militärpolitik* war. Was ist aus ihrer „republikanischen“ Reichswehr geworden? Was helfen ihr Reichsbanner und Eiserne Front? Was die Tatsache, daß sie so lange an Nationalismus die Nationalisten überbieten wollte?

Das alles muß tief eingesehen werden. Dann ist Rettung und Sieg des Sozialismus möglich — nur dann, aber dann gewiß. All das *Große*, daß der Sozialismus, und nicht zuletzt der deutsche, gewesen ist und geleistet hat, wird durch solche Selbsterkenntnis und Selbstkritik nicht angetastet, im Gegenteil, es wird nur größer. Dazu kommt eine andere Voraussetzung der Wiedererhebung: *Man kann die deutschen Genossen nicht dringend genug davor warnen, es jetzt mit einem gewaltsamen Widerstand zu versuchen.* Abgesehen davon, daß ein deutscher Bürgerkrieg in *großem* Stil den deutschen Ruin bedeutete (und vielleicht den europäischen Ruin!), wäre wohl auch eine Niederlage des Sozialismus ziemlich sicher. Nein, *der Sozialismus muß nun noch einmal unten durch.* Er hat dieses Schicksal auf sich zu nehmen. Nicht in Feigheit, sondern in voller Erkenntnis seiner innern Notwendigkeit und seiner Heilsamkeit. Insofern war es gewiß auch richtig, daß Braun und Severing es nicht auf gewaltsamen Widerstand ankommen ließen.¹⁾ Nun ist die große Aufgabe die innere Sammlung, aus der dann eine siegreiche Wiedererhebung erwachsen kann. *Es muß vor allem der ganze Sozialismus neu gedacht werden.* Daß dazu die entschlossene Abwerfung des marxistischen Dogmas

¹⁾ Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Art, wie man die Fortjagung der preußischen Regierung hingenommen hat, sich sehr großartig mache. Ein *Widerstand*, der nicht blutig gewaltsame Formen hätte annehmen müssen, wäre doch wohl denkbar gewesen. Es wäre nicht schade gewesen, wenn man sich nicht für zu vornehm gehalten hätte, über die Möglichkeiten der Methoden *Gandhis* nachzudenken. Aber es rächt sich nun halt, mit allen Sünden vieljähriger *falscher* Selbstverleugnung, der Mangel an Geist und Glauben.

gehört, bleibt meine feste Ueberzeugung. Auch das, was an Wahrheit in der wilden und verworrenen Bewegung des Nationalsozialismus lebt (und ohne eine Wahrheit ist eine solche Erscheinung nie) muß in diesem neuen Sozialismus zu seinem Rechte kommen. Daß die tiefste Quelle dieser Erneuerung nicht bei Marx oder Lenin entspringen wird, sondern bei *Christus*, ist nur die positive Wendung des vorhin von der marxistischen Dogmatik Gefagten. Es handelt sich nicht bloß um ein Intermezzo, sondern um eine völlige Wendung in der Geschichte des Sozialismus. Was De Man vor Jahren am Schlusse eines Vortrages sagte, ist nun noch mehr als damals das letzte Wort: „Der Sozialismus wird *religiös* sein, oder er wird nicht sein.“

Wenn der Sozialismus auf diese Weise seinen Weg untendurch geht, zwar Widerstand bis zum Aeußersten leistend, soweit es die Treue gegen sich selbst gilt, aber nicht auf Gewaltmethoden vertrauend und auch nicht auf sogenannte Zwangsläufigkeiten, die ihn schließlich von selbst wieder obenauf brächten, wird er wieder und erst recht eine unwiderstehliche Kraft werden und sein Tag vielleicht bald wiederkehren. Auf diesem Wege allein wird auch der *sozialistische Bruderzwist* überwunden und jene *Einheit der Arbeiterbewegung* gefunden werden, deren Fehlen äußerlich betrachtet schuld an seiner Niederlage ist. Schon bahnt sie sich in der Arbeiterchaft selbst an.¹⁾

Kehren wir von dieser Linie zum allgemeinen deutschen und dem mit ihm verbundenen europäischen Schicksal zurück. Was wird aus alledem werden? In den Straßen der deutschen Städte und Dörfer tobt der „kleine Bürgerkrieg“. In Altona allein hat er an einem einzigen Sonntag siebzehn Tote und Dutzende von Verwundeten gekostet. Die Militärdiktatur unterdrückt jede freie Aeußerung des Denkens, jede ernsthafte Kritik des Regimes.²⁾ Und nun kommen die Reichstagswahlen. Was werden sie bringen? Sollten die Hitlerleute bei den Wahlen vom Sonntag einen überwältigenden Sieg davon tragen, werden sie dann die Macht ergreifen und ihr Programm ausführen, auch das „Rollenlassen der Köpfe“ ihrer Gegner? Ich glaube weder an das Eine noch an das Andere. Namentlich glaube ich, es seien im deutschen Volke trotz allem noch Widerstandskräfte genug da, um das Letztere zu verhindern. Ich persönlich denke mir die Entwicklung so: der Nationalismus wird seine Stunde haben, so oder so, ruhiger oder stürmischer, und wird sein Fiasco erleben, *wie* der Sozialismus, nur dann endgültig. Dann wird sich ein Weg öffnen. Es wird dann vielleicht zu einer Art *Synthese* der

¹⁾ Ich erinnere zur Ergänzung dieser Ausführungen über den Sozialismus auch an die mehr allgemeine und positive Eingangsbetrachtung dieses Heftes.

²⁾ Man denke bloß an das Verbot des doch so zahmen sozialdemokratischen „Vorwärts“ und der katholischen „Kölnischen Volkszeitung“.

heute streitenden Kräfte auf einer höheren Ebene kommen. Es wird jedenfalls ein im tiefsten Sinn, vielleicht und wahrscheinlich in ganz neuen *Formen*, jedenfalls aus einem neuen *Geiste*, pazifistisches, demokratisches, sozialistisches Deutschland sein. Dann mag der Tag eines „Dritten Reiches“ da sein. Ob aber so oder so: an einen Weg glaube ich.

Aber wir sind ja nun auch zu dem Punkte gelangt, auf den *Lausanne* und *Genf* hinweisen, und nun spreche ich es aus: *Ohne eine neue Katastrophe des deutschen Nationalismus (der ja nicht mit nationalem deutschen Wesen zu verwechseln ist!) wird es weder Abrüstung noch Frieden, noch ein Heil für Deutschland und die Welt geben.* Deutschland ist jetzt der Ort größter Entscheidungen — sich selbst und der Welt zum Unfegen oder Segen. Möchte diese Katastrophe bloß moralischer Natur sein und weder für Deutschland noch für Europa Allzuschweres bedeuten.

Auch in diesem Sinne wende ich das Wort des Psalmes an:
„*Dein Weg war im Meer und Dein Pfad in großen Wassern.*“¹⁾

¹⁾ Psalm 77, 20. Der ganze Psalm paßt hierher.

Nun sind also die Wahlen vorüber. Sie haben das Resultat ergeben, das allgemein erwartet wurde. Keine Hitler-Hugenbergmehrheit, aber auch keine der Sozialdemokraten und des Zentrums, wenn auch, mit den Kommunisten zusammen, eine der erklärten Hitlergegner. Das scheint eine für die Regierung von Papen-Schleicher und ihre Pläne günstige Lage zu sein: Kein arbeitsfähiges Parlament, also Beiseiteschiebung des Reichstags und Aufhebung oder Aenderung der Weimarer Verfassung zu Gunsten eines autoritären, mehr oder weniger faschistischen Regimes.

Und *Hitler*? Es scheint mir doch, man dürfe ihn diesmal als den Geschlagenen bezeichnen. Da er auch diesmal nicht viel mehr als ein Drittel der Stimmen gemacht hat und ihm die Erringung der Macht also nicht gelungen ist, so ist nicht wahrscheinlich, daß es ihm ein andermal gelingen werde. Eine solche Bewegung lebt von *raschen* Erfolgen, treten diese nicht in dem erwarteten Maße ein, so zerfällt sie. Das namentlich, wenn sie der innern Einheit so sehr entbehrt wie der Nationalsozialismus.

Gut behauptet hat sich das Zentrum. Ebenso, wenn auch etwas weniger, die Sozialdemokratie. Auffallend und gegen die Erwartung ist das Wachstum des Kommunismus. Es ist gewiß aus den Fehlern der Sozialdemokratie zu erklären. Das Verbot der kommunistischen Partei, das zu den Plänen des neuen Regimes gehören soll, dürfte nun, da sie 89 Reichstagsabgeordnete zählt, nicht ganz leicht sein.

Im Angesicht dieser Sachlage ist wahrscheinlich, daß die neue Regierung vorläufig mit dem Diktaturparagraphen und später auf Grund der von ihr neu geschaffenen Ordnung weiter regiert. Das Hitlertum wird wohl, wenn es will, daran beteiligt werden und es bleibt ihm wohl nicht viel mehr übrig, als zuzugreifen. Denn an einen Putzch wagt es nun wohl schwerlich mehr zu denken.

Eins scheint gewonnen: Der *Bürgerkrieg* im großen Stil scheint verhindert werden zu können. Dieser Gewinn ist entscheidend. Und wie ich schon oft gesagt: es ist für die anderen Kräfte *Zeit* gewonnen. Möge sie gut benutzt werden.

Auf *Ueberraschungen* muß man allerdings gefaßt sein.

1. August.

Die Weltgärung.

Von den deutschen Ereignissen aus ist der Kreis weiter zu ziehen. Sie selbst können ja über Deutschland hinausgreifen. Nicht nur in dem schon angedeuteten allgemeinen Sinne, daß von ihrer Gestaltung Abrüstung und Neuordnung der Völkerwelt sehr wesentlich abhängen, sondern auch in der Richtung von allerlei weltgeschichtlicher Entwicklungen konkreterer Art.

Zu den Möglichkeiten — nicht Wahrscheinlichkeiten — die sich auf der Linie der jetzigen deutschen Vorgänge einstellen, gehört eine *kommunistische Revolution*, die allfällig *Rußland* zum Eingreifen veranlassen könnte. Dann bräche, soweit wir sehen können, das Chaos herein. Denn dann käme zum Bürgerkrieg der Völker- und Rassenkrieg. Man darf diese Gefahr, ohne sie zu überschätzen, doch nicht ganz aus dem Auge verlieren. Näher liegt das russische Problem in der andern, schon berührten Form. Auf dieser Linie sind nun *Wendungen* eingetreten, welche die Gefahr der Lage doch sehr vermindern. Ich denke an den *Nichtangriffspakt*, den nun *Rußland* mit *Polen*, wie kurz vorher mit *Finland*, *Estland*, *Lettland* abgeschlossen hat und dem bald einer mit *Rumänien* folgen soll, während einer mit *Frankreich* nun durch die Regierung Herriot auch wahrscheinlicher wird. Damit ist einer deutschnationalistischen Politik sowohl als Bündnis mit *Rußland* gegen *Frankreich* und *Polen*, wie als solches mit *Polen* gegen *Rußland* doch ein Riegel geschoben, und Schleicher wie Hitler werden sich besinnen; auf *England* und *Mussolini* zu rechnen wäre Kinderei.

Zu dieser Wendung hat neben der Gefahr des Hitlertums im Westen die von *Japan* ausgehende im Osten beigetragen. *Rußland* ist hier, im Osten, so bedroht, daß es im Westen möglichsie Sicherheit haben muß. Hier, im Osten, bedeutet *Japans* Verhalten fortwährend eine ebenso große Weltbedrohung, wie gegenwärtig die deutschen Vorgänge. Neuerdings dringen die Japaner auch in die Mongolei vor und bedrohen *Peking*. Sie belegen die Seezölle des in der *Mandschurei* gelegenen Hafens *Dairen*, eine Hauptquelle der chinesischen Einnahmen, mit Beschlagnahme und richten sich in der *Mandschurei* auf jede Weise ein. Dabei helfen ihnen ihre guten Freunde unter den Großmächten. *Frankreich* gewährt dem sogenannten *mandschurischen* Staat unter japanischer Bürgerschaft ein Darlehen von 300 Millionen französischer Franken. An einem Tage verlassen vierzig mit Munition und Waffen für *Japan* beladene englische Schiffe den Hafen von *London*, und die Demonstrationen der Pazifisten dagegen vermögen sie leider nicht aufzuhalten. Inzwischen aber sitzt die Studienkommission des Völkerbundes über ihren Heften! Auch an dieser Stelle muß es zu einer Entscheidung kommen.

Im übrigen gären die *nationale* und die *nationalistische* Bewegung durcheinander und erregen überall Unruhe und Gefahr. In *Arabien*

kämpft das neu erwachte Nationalgefühl mit den Ansprüchen des englischen Imperiums, dem es vor allem um seine Wege nach Indien zu tun ist. In *Indien* scheint die „starke Hand“ Englands zu dem Erfolg zu führen, der voraus zu sehen war: Der Boykott der englischen Waren und der Widerstand gegen die englische Verwaltung nehmen zu. Ebenso die gewaltfamen Zusammenstöße. In Bombay haben solche fünfzig Tote und Hunderte von Verwundeten gekostet. Man will nun, ohne noch einmal die Indier selbst zu befragen, ihrem Lande eine Verfassung aufdrängen, die nicht ihren Wünschen entspricht und z. B. nur ein sehr beschränktes Stimmrecht vorsieht.¹⁾

Nicht weniger stoßen die Nationalismen in Europa zusammen. Der Konflikt zwischen *Irland und England* dauert an und bekommt immer schärfere Formen. Deutschland läßt trotz einem polnischen Protest seine Kriegsflotte zu einem Besuch nach *Danzig* fahren, wo die Geister ohnehin erregt genug sind. In *Ostpreußen* macht man Luftschutzübungen, die natürlich gegen Polen gerichtet sind und erfüllt so die geistige Atmosphäre mit Giftgasen. Auf der Versammlung der *Interparlamentarischen Union in Genf* kommt es zu einem so heftigen Zusammenstoß zwischen Franzosen und faschistischen Italienern, daß diese austreten. Der *Minoritätenkongreß in Wien* verschärft die Anklagen gegen die Vergewaltigung durch die Majoritätsvölker. *Dänemark* und *Norwegen* geraten in heftigen Streit wegen Grönland, und sind doch Brudervölker. In *Belgien* tobt der Kampf zwischen Flamen und Wallonen, wobei wenigstens der rettende Gedanke des *Föderalismus* hervortritt, und zwar so, daß auch die Sozialisten ihn begrüßen, was eine Verheißung ist.

Zu diesem Kampf der bald berechtigten, bald unberechtigten nationalen Leidenschaften gefellt sich der zwischen *Diktatur und Demokratie*. Die *italienische Ministerkrise* hat schwerlich einen guten Sinn. Eine neue Regierung in *Jugoslavien* bedeutet offenbar ebenfowenig als eine in *Rumänien* einen neuen Geist. Oft gefellt sich das Moment der *sozialen Unruhe* dazu. Die finnische *Lappobewegung* lebt wieder auf. In *Chile* scheint der „Sozialismus“ ziemlich kurzlebig gewesen zu sein. *Brasilien* hat einen Aufstand, der mit der Krise der Kaffeeproduktion zusammenhängt. *Bolivien* und *Paraguay* geraten wieder wegen dem Chaco aneinander, während zwischen *Uruguay* und *Argentinien* mehr chauvinistische Verstimmungen zu walten scheinen. Auch *Siam* erlebt eine Revolution! Die *Türkei* aber ist trotz dem Armeniermord, der auf den dunkelsten Blättern der Geschichte kaum eine Parallele hat, mit seinem Diktator und großen Mörder Kemal Pascha unter viel unwahrer Feierlichkeit in den Völkerbund aufgenommen worden. Dieser läßt *Oesterreich* wieder eine etwas problematische Sanierung zukommen, während zu dem Ergebnis von Lausanne das Versprechen einer Lösung des

¹⁾ Dagegen erweist sich die Deportation *Gandhis* als falsche Meldung.

Donauproblems gehört. Die *Vereinigten Staaten* aber stehen vor den Präsidentschaftswahlen. Die Kongresse der beiden großen Parteien bildeten Orgien politischer Degeneration. In ihrem Mittelpunkt stand die Prohibitionsfrage. Nur wenn sich's um den Alkohol und den Geldbeutel handelt, scheint's bei solchen Politikern Ernst zu werden.¹⁾

Kurz: der Weltzustand ist auch in dieser Beziehung eine Illustration zu Matthäus 24, mit seiner Mahnung, aber sicher auch mit seiner Verheißung.

Die soziale Gärung.

Daß auch die soziale Gärung weitergeht, ist selbstverständlich. Die Zuckungen in *Südamerika* sind schon erwähnt worden. Auch die *Arbeitslosigkeit* zeigt im ganzen keine Abnahme. Sie ist auch in der *Schweiz* gestiegen. Im *deutschen Baugewerbe* sind 85 Prozent der Arbeiter auf dem Pflaster und können nur 13,4 Prozent des Betriebsapparates ausgenutzt werden. Die *Vereinigten Staaten* zählen, wie schon erwähnt, mindestens 11 Millionen Arbeitslose. Ein Heer von ungefähr 20 000 ehemaligen Frontkämpfern lagerte wochenlang in Washington, seinen Bonus, d. h. eine Entschädigung erwartend, die ihnen erst für das Jahr 1945 zugesprochen ist und die fast 2½ Milliarden Dollar (= etwa 12 Milliarden Schweizerfranken) betrage. Das Repräsentantenhaus hat deren sofortige Auszahlung bewilligt, der Senat sie verweigert. Hoover legt sein Veto ein. Aus *Rußland* wird ein völliges Verfagen des landwirtschaftlichen Kollektivismus gemeldet, dazu ein Mangel an Lebensmitteln, der an Hungersnot grenzt.²⁾

Wie ein Symbol für den Sturz des ganzen kapitalistisch-mammonistischen Systems wirkt der Sturz des großen böhmischen Schuhkönigs *Bata* aus dem Flugzeug, das ihn nach der Schweiz tragen sollte, wo er neue Absatzmöglichkeiten für sein Riesenunternehmen suchen wollte. Es wird dem Manne auch von Sozialisten strenge Ehrlichkeit und überhaupt große Tüchtigkeit des Charakters nachgerühmt und seinem Schaffen ein edleres Motiv (billigere Schuhe für

¹⁾ Daß *Hoover*, der wieder Kandidat der Republikaner ist (Rooseveltdt ist der Demokrat), freiwillig seinen Gehalt von 75 000 Dollar auf 50 000 Dollar herabsetzt, ist immerhin etwas.

²⁾ Deutschland z. B. wies anfangs Juni 1932: 5 675 307 Arbeitslose auf gegenüber 4 211 000 im Juni 1931, Großbritannien und Nordirland 2 821 840 gegenüber 2 577 916 anfangs Juni 1931. Die Schweiz wies im April dieses Jahres 1 030 82 Arbeitslose auf gegenüber 60 871 im April 1931. Frankreich verzeichnet für den Juni 1932: 3 155 502 Arbeitslose gegenüber 5 135 4 im Juni 1931. Italien hatte 1 032 745 Arbeitslose im Mai 1932 gegenüber 699 133 im Mai 1931. Die Tschechoslowakei hat 482 000 Arbeitslose für den Juni 1932 verzeichnet, während sie im Juni 1931: 93 941 hatte.

In der Regel nimmt die Arbeitslosigkeit in den meisten Industriestaaten im Frühjahr infolge saisonmäßiger Faktoren ab. Dieses Jahr war dies jedoch nicht der Fall.

alles Volk!) nicht abgespröchen. Dennoch — er war Diener eines fluchvollen Systems, dem keiner ohne Schaden entgeht.

Der große *Streik der belgischen Bergleute*, in den die ganze belgische Arbeiterschaft hineingezogen wurde und der mit einem Siege endete, illustriert ebenfalls die Lage.

Es fehlt glücklicherweise nicht an Linien, die aus dem wirtschaftlichen Kampf und Chaos in eine bessere Ordnung weisen. Ein Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit scheint die Einführung der Vierzigstundenwoche zu sein, zu der sich nun auch noch die Vereinigten Staaten entschlossen haben. Wie es genug Arbeit für alle gibt, so auch genug Nahrung und Kleidung. Wir wollen abwarten, ob die faschistische Diktatur in Deutschland mit starker Faust auch diese Probleme erfaßt, nicht bloß den Arbeitsdienst einführt. Der *Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund* und der *Allgemeine freie Angestelltenbund* haben ein, wie mir scheint, sehr gediegenes Programm für den „Uebergang“ aufgestellt. Vielleicht aber sollte man nicht immer bloß an den „Uebergang“ denken. Eine gewisse Verheißung bildet der Abschluß einer *Zollunion* zwischen Belgien und *Luxemburg*, dem sich auch *Holland* anschließen will und mit dem die skandinavischen Staaten sympathisieren, die ihrerseits eine Zoll- und sogar Währungsunion unter sich und mit England planen.

Und nun soll ja in Bälde, als Fortsetzung der Laufanner Konferenz, die *Weltwirtschaftskonferenz in London* stattfinden. Solche Konferenzen haben immerhin den Nutzen, daß sie gewisse Probleme aller Welt sichtbar und damit zu Problemen aller Welt machen. Noch mehr Bedeutung hat wohl die in *Ottawa*, der Hauptstadt von Britisch-Kanada, wo der wirtschaftliche Zusammenschluß des englischen Imperiums zur Verhandlung steht. Das Ergebnis von Ottawa aber soll sich nach der englischen Meinung doch der Weltwirtschaft einfügen. Diese Perspektiven sind auch für die Sozialisten nicht zu verachten. Was bedeuten sie anderes als internationale Planwirtschaft, Gemeinwirtschaft, Weltsozialismus? Es leuchten doch immer wieder große Aufgaben auf, die große Verheißungen sind.

Schweizerisches.

Der Zustand der Welt im Großen spiegelt sich in einem kleinen Land wie die Schweiz.

Bei unsern verhältnismäßig noch günstigen sozialen Zuständen ist es auffallend, daß wir Mitte Juni in *Zürich* ein Stück *Bürgerkrieg* gehabt haben. Ein wilder, d. h. von der zuständigen Gewerkschaft nicht gebilligter, unter kommunistischer Leitung stehender Monteurstreik entwickelte sich immer mehr ins Gewalttätige. Als der in der Mehrheit sozialdemokratische Stadtrat eine kommunistische Demonstrationsversammlung verbot, entstand daraus im Arbeiterviertel Außerföhl eine förmliche Straßenschlacht zwischen Arbeitern und der

Polizei, die von abends 10 Uhr bis morgens 2 Uhr dauerte. Daß sie nicht mehr als zwei Tote und etwa fünfzig bis sechzig Verletzte forderte, ist ein reines Wunder. Das besonders Tragische daran war, daß nicht etwa Sozialisten und Bürgerliche, sondern Kommunisten und Sozialdemokraten gegeneinander standen, insofern als auch die Polizei unter einem sozialdemokratischen Direktor steht. Da ich zu meinem großen Leidwesen von diesen Vorkommnissen erst am folgenden Nachmittag erfuhr (trotzdem ich in Außerrihl wohne), kann ich nicht als Augenzeuge urteilen. Doch möchte ich folgendes bemerken: Gewiß war die Taktik der Kommunisten wieder tadelnswert. Ihre Drahtzieher wollten wohl eine Affäre haben und die Sozialdemokratie in die Unbeliebtheit der Polizei hineinziehen, was ihnen zum Teil wohl auch gelungen ist. Aber die Fehler in dieser Sache liegen wohl nicht nur auf ihrer Seite. Versammlungsverbote (auch wenn sie, wie in diesem Falle, nur Versammlungen unter freiem Himmel gelten) sind erfahrungsgemäß immer bedenklich; sie sind Schließung der Ventile. Auch schwankt bei uns die Polizei fast immer zwischen Gehenlassen und Brutalität.

Auch wenn man die Bedeutung des ganzen Ereignisses nicht überschätzt, so ist es doch ein *Zeichen*.

Eine andere Erscheinungsform der sozialen Gärung ist auch in der Schweiz neben der wachsenden *Arbeitslosigkeit* und der Wirtschaftskrise, bei der nun immer mehr die der *Fremdenindustrie* hervortritt, der sogenannte *Lohnabbau*. Die Botschaft des Bundesrates, welche die Herabsetzung der Löhne bei den Staatsangestellten, besonders dem des Verkehrspersonals, begründet, ist nun erschienen. Daneben eilt der Bund, unter Führung unseres sich selbst und seinen Bewunderern für genial geltenden Finanzdirektors, den *Banken* zu Hilfe, die durch allerlei törichte Spekulationen (in törichten, von der Gier diktierten Geldanlagen beweist der sonst so sehr von der Angst beherrschte heutige Schweizer „Mut“!) in Gefahr geraten sind, dadurch, daß er für sie eine eidgenössische Darlehenskasse gründete. Man jammert, um einem Teil unseres unteren Mittelstandes einige Dutzend Millionen abzwacken zu können, über die Krise, aber auch für jede Forderung unserer Kriegsgurgeln en miniature hat man immer Geld in Fülle.¹⁾

So für die *Gasmasken*. Die mußten natürlich kommen! Denn der Giftgaskrieg hat unser Volk tief erschreckt und sie in bezug auf den Wert unserer Armee skeptisch gemacht. Darum müssen jetzt die Gasmasken kommen, damit es wieder sicher gemacht werde. Zuerst kommt das Militär daran und dann wird irgendwie die Zivilbevölkerung damit bedacht werden. Natürlich wissen die Herren ganz gut, daß dieser Schutz eine Illusion ist, aber das Heiligtum unseres

¹⁾ Dabei verdienen z. B. in Zürich 11 Bankdirektoren eine Befoldung von rund 3½ Millionen Franken jährlich, im Durchschnitt also etwa 320 000 Franken.

Volkes (neben den Banken!), die „Armee“, muß um jeden Preis gerettet werden, und dazu taugt die Lüge von dem Gaschutz. Der Jafageautomat, der unsere Bundesversammlung ist, hat denn auch die erste Rate des Zwanzigmillionenkredites (er wird zwar zuletzt doppelt so groß sein!) bewilligt. Aber nicht so glatt wie gewöhnlich, mit einer nur kleinen Mehrheit, welche wieder einmal vor allem die Katholiken zustande brachten, während diesmal sogar die Freisinnigen einige Bockbeinigkeit zeigten. Sogar von ihnen wurde geltend gemacht, wie schön es aussehe, wenn gerade die Schweiz und gerade während der Abrüstungskonferenz einen solchen Akt des Unglaubens gegenüber dem Völkerbund begehe.¹⁾

Es ist wieder jene allgemach bekannte Doppelrolle, wenn der Führer der schweizerischen Abrüstungsdelegation und derzeitige Bundespräsident Motta in Genf sich mächtig für das Verbot des Giftgaskrieges einsetzt und damit tut, als ob er an die *Wirksamkeit* solcher Verbote glaubte. Im übrigen ist die Aufgabe dieser Delegation nun so klar als möglich hervorgetreten: *Sie besteht darin, für die Abschaffung derjenigen Waffen zu kämpfen, welche die Schweiz nicht hat und nie in genügendem Maße haben kann, um damit den Wert unserer Armee zu erhöhen und gleichzeitig für das Milizheer als reines Verteidigungsheer um eine Ausnahmestellung zu bitten und das Milizsystem den andern als Friedensinstrument zu empfehlen — damit die Wiederaufrichtung des ganzen Militärsystems fördernd.*²⁾

Diese ganze Haltung ist ebenso perfid, wie sie schmähdlich ist, und

¹⁾ Wie in Wirklichkeit der Giftgaschutz aussehen würde, ist kurz vor dieser Verhandlung durch ein in Zürich geschehenes Unglück gezeigt worden, wo drei Arbeiter, die mit Gasmasken versehen, und durch ihren Beruf daran gewöhnt waren, durch (nach Aussage von Fachmännern) verhältnismäßig harmlose, ausströmende Gase betäubt und einer von ihnen getötet wurde. Man denke sich die ungleich verheerenderen Giftgase des Krieges und den Luftangriff auf ganze Städte!

²⁾ Man vergleiche z. B. folgenden Bericht aus Genf:

Die unter der Leitung von Bundespräsident Motta stehende schweizerische Delegation an der Abrüstungskonferenz hat dem Bureau der Konferenz einen Vorschlag zugehen lassen, der sich auf die besondere Situation der Milizarmeen bezieht. Die Delegation stellt den Antrag, die Generalkommission der Konferenz möge folgende Resolution annehmen:

„In Erwägung der Tatsache, daß die Milizarmeen einem besonderen konventionellen Regime unterworfen werden müssen, das ihren besonderen Charakteristiken Rechnung trägt, beauftragt die Generalkommission die technischen Kommissionen, die Modalitäten dieses Regimes zu prüfen.“

Zur Begründung dieses Antrages wird auf die Unmöglichkeit hingewiesen, in der zur Diskussion stehenden internationalen Konvention über die Beschränkung und die Herabsetzung der Rüstungen nur die stehenden Armeen zu berücksichtigen. Es müsse unbedingt in der Konvention den Milizarmeen ein besonderer Platz eingeräumt werden. Nach allgemeiner Auffassung bilde übrigens die Milizarmee, wie sie besonders in der Schweiz zur Ausbildung gelangte, den Typ einer ausgesprochen defensiven Armee, die nicht zu Angriffszwecken Verwendung finden könne. Es sei deshalb im Interesse der Erhaltung und der Festigung des Friedens gelegen, die Bildung solcher Armeen zu empfehlen.

es bedarf schon der ganzen Seelenblindheit des heutigen Geschlechtes von Schweizern, um diesem Treiben ruhig zuzuschauen und in Motta immer noch einen großen Friedensmann zu verehren. Sein würdiger Kollege Minger, unser Kriegsminister, hat inzwischen *seine* Maske, die halb-pazifistische Maske, abgeworfen. Neuerdings hat er es zustande gebracht, auch das Verhalten eines Sonderegger zu billigen.

Die Krise verhindert die Schweizer auch nicht, ihre tausend *Feste* zu feiern. Da erscheint dann, direkt von Genf her, an dem Aarauer Turnfest auch Motta, und nachdem er in Genf soeben eine flammende Abrüstungsrede gehalten, hält er in Aarau eine ebenso flammende gegen die Einzigsten, denen es mit der Abrüstung *Ernst* ist, die Antimilitaristen und für die militärische Landesverteidigung. Der Mann kann entschieden etwas! Und auch wir, die wir das ertragen.¹⁾

Die geistige Lage.

Daß die *sittliche Zersetzung* der politischen und sozialen parallel geht, ist ebenso selbstverständlich, wie daß auch darüber eine Ver-

¹⁾ Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Volksstimmung doch wesentlich anders ist, als eine unter Kontrolle stehende Presse und Politikasterei sie repräsentieren. So hat die Konferenz für das *Frauenstimmrecht* eine warme Resolution für eine ernsthafte Abrüstung auch der Schweiz angenommen und die *St. Galler Kirchensynode* die sehr entschiedene, in der Rundschau abgedruckte, gegen den Waffen- und Munitionshandel. Mofchlin schreibt in der „Nationalzeitung“ nach einer Kritik der schmähhlichen Haltung gewisser sogenannter Volksvertreter in der Debatte über den Gasmaskenkredit:

„Glücklicherweise denkt gerade die liberale Jugend anders. Siehe ihren fünften Monatsbericht. Für sie ist die Gewährung des Kredits „mehr als ein Skandal, nämlich eine Sünde“. Die Welt lehne sich nach Vertrauen und unser Parlament proklamiere den Geist des Mißtrauens. Man möge also ehrlich sein, das Bild auf unsern Friedensmarken ändern und statt der Taube eine grinzende Gasmaske auf das wieder zusammengeschnitten Schwert setzen.

So schrieb ein Jungliberaler in der Solothurner Zeitung. Die „Liberale Jugend“ druckt es ab, und ihr Redaktor Dr. Urs Dietzchi (Olten) fügt hinzu: „Die Gasmasken-Stimmer antworten hierauf, das Verhalten der Schweiz spiele international keine Rolle. Es sei lächerlich, uns für den Weltfrieden mitverantwortlich zu machen. Wir aber sind aufs tiefste überzeugt, daß heute, da der Glaube an die Völkerveröhnung allein die größte Vertrauenskrise Europas und der Welt überwinden kann, dieser Glaube aber am Abgrund schwebt, zwischen Leben und Tod, daß in diesem Moment der Fassung auch der geringsten Glaubensquelle, das mutige Vertrauensbeispiel auch des kleinsten Staates (von der Verpflichtung als Gastgeber der Verständigungskonferenzen nicht zu reden) von Bedeutung und daher von Mitentscheidung für Europas Schicksal sein kann.“

Wenn diese Jugend ausruft: Wir wollen für die Welt eine moralische Kraft bedeuten! Wenn sie betont, daß es um Religion gehe, um ethische Gesinnung, daß Aufrüstung gerade jetzt unmoralisch sei, daß man den Mut haben müsse, auch etwas für den Frieden aufs Spiel zu setzen, daß Ethos auch eine „Realität“, ja die letzte Realität bedeute, dann sind wir auf dem rechten Wege. Dann deckt sich der Geist der Schweiz mit dem Geist von Lausanne, der es wagt zu proklamieren: Europa kann nicht für sich bestehen!

Nicht nur Lausanne, auch die Gasmasken-Debatte bedeutet Licht und Wende. Freuen wir uns darüber. Es ist lange genug alles düster und dunkel und versteinert gewesen.“

heißung steht. Im letzten Jahre sind von der schweizerischen Post nicht weniger als 8000 *Drucksachen unsittlichen Inhalts* allein aus Deutschland und Oesterreich konfisziert worden. Die schmutzige Welle der *Geschlechtskrankheiten* steigt auch in der Schweiz fortwährend. Furchtbar nimmt in *Amerika* die *Kriminalität* zu. Zu einem *Matuschka* (der inzwischen zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist) gesellt sich ein *Gorguloff*, dessen Prozeß soeben in Paris stattfindet.¹⁾ Die *Prohibition* scheint nun in den Vereinigten Staaten doch ernstlich gefährdet zu sein. Das ist sicher kein gutes Zeichen, wie man sich im übrigen auch zu dieser Maßregel stelle. Der Kampf um die *Würde der Frau* — der mit dem gegen Alkohol und Geschlechtskrankheiten selbstverständlich zusammenhängt — spielt sich in den Erörterungen über das *Frauenstimm- und Wahlrecht* ab. Der französische Senat hat es vorläufig abgelehnt, die Kirchen synode von Zürich dagegen, nach einer Debatte, worin eine gewisse reaktionäre Theologie ihre ganze Pracht entfaltete, wenigstens das kirchliche mit großer Mehrheit angenommen.

Man sieht: der Creator Spiritus muß in dieses Chaos fahren. Aber wir dürfen daran glauben, daß er es tun wird — zu seiner Zeit!

Von dem, was über die *religiöse* Bewegung zu sagen wäre, sei zum Schlusse dieser Darstellung bloß das erwähnt, was in deren Zusammenhang und wohl auch an sich in diesem Augenblick das Bedeutendste ist: das, was mit den deutschen Ereignissen zusammenhängt. Es ist schon erwähnt worden, daß die dort siegreiche Reaktion auch das Banner des *Christentums* aufpflanzt. Man wird der „Gottlosenbewegung“, besonders der kommunistischen, mit drakonischen Polizeimaßregeln zu Leibe rücken, vielleicht auch allerlei sexuellem und anderm Libertinismus. Das hat der Sozialismus als *Gericht* reichlich verdient. Aber ob nun damit, daß eine *solche* Regierung das tut, *geholfen* ist? Es entsteht dadurch die Gefahr, daß das Bündnis zwischen Christentum und Reaktion, durch welches die ganze Sache Christi so furchtbar vergiftet worden ist, wieder neu aufgefrischt und alle Anstrengung der letzten Jahrzehnte, es aufzulösen, zunichte gemacht wird. Das müßte unabsehbare Folgen haben. Dann könnte, als Gegenschlag von Rußland her, die „Gottlosigkeit“ leicht die ganze Welt überschwemmen. Aber es hat den Anschein, daß besonders der *deutsche Protestantismus* diese Entwicklung mit Freuden und großen Erwartungen begrüßte. Man hofft damit nicht nur den Kommunismus, sondern das ganze Freidenkertum mit einem Schlage und ohne viel eigene Geistesanstrengung loszuwerden. Die Reichswehr und die Hitlerpolizei werden besorgen, was die Predigt des Evangeliums durch diese Kirche nicht vermochte. Auch darum sind die deutschen protestantischen Pfarrer mehr oder weniger hitlerisch. Der *Evangelische* Bund hat neuerdings diese Haltung bestätigt.

¹⁾ Und nun mit dem Todesurteil geendet hat. 1. August.

Eine furchtbare Täufchung! Das Ende wird eine Katastrophe des deutschen Protestantismus sein, von der er sich in seiner bisherigen Gestalt schwerlich mehr erholen wird.

Christus freilich bleibt Sieger!

27. Juli 1932.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



I. Friedensbewegung.

Der deutsche Zweig des *Veröhnungsbundes* hat in Pfarrer *Wilhelm Mensching*, dem Verfasser der ausgezeichneten, von uns schon früher empfohlenen Schriften: „Weiß und Farbig“, „Der vierte Erdteil“ und einer ganz besonders wertvollen Broschüre über das gleiche Thema, einen neuen Sekretär und die Friedenssache einen Verkündiger gewonnen, von dem man das Beste erwarten darf.

Am 13. Juni haben in Genf eine Reihe von internationalen pazifistischen Organisationen Henderson als dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz in einem „*Vox populi*“ genannten Sammelbande die Reden übergeben, die am 6. Februar, an jenem bekannten Empfang dieser Organisationen durch die Abrüstungskonferenz, gehalten worden sind. Sie haben von neuem dringlich die Notwendigkeit der Abrüstung betont und bei Henderson natürlich bereitwilliges Gehör gefunden.

Der *Schweizerische Evangelische Kirchenbund* hat sich in einer Eingabe an die Abrüstungskonferenz für die Dringlichkeit der Abrüstung und in einer, allerdings eigentümlich stilisierten Resolution gegen den Waffen- und Munitionshandel ausgesprochen.

Der Professor an der theologischen Fakultät von Lausanne und Hausausgeber Vinets, *Philipp Bridel*, versucht in der „*Gazette de Lausanne*“ unter dem Titel „*Paix et Désarmement*“ das schwierige Kunststück, sogar in die Köpfe der gegenwärtig wohl verhärtetsten Reaktionäre der Schweiz, die diese Zeitung repräsentiert, ein wenig Verständnis für den Sinn der Abrüstungsbewegung zu tragen. Leider bringt er dies nicht über sich, ohne den „Kreuzfahrern“ vom Frühling vorzuwerfen, daß ihr Motiv bloß sei, dem Leiden zu entgehen, daß sie ruhig das Vaterland unter ein fremdes Joch kommen ließen und dergleichen. Wie kann man so viel von Christus reden und in seinem Urteil über eine Bewegung, welche gerade die Christusfahne trägt, so gröblich gegen alle Wahrheit und Liebe verstoßen!

Im „*Kirchenboten*“ des Kantons Zürich antwortet ein gewisser *G. Welti* (Offizier und wie es scheint sogenannter Jungbauer — ich meine, er sei auch an der bekannten Versammlung in Stäfa aufgetreten) auf Ausführungen Pfarrer Lejeunes über die Abrüstung mit Berufung auf die Wiederkunft Christi und Generalstabschef Sprecher, den Heiligen unserer frommen Militaristen, so, daß zehn Bekämpfungen Christi dessen Sache weniger Schaden, als dieses Bekenntnis zu ihm. Er ist wohl ein Meisterstück gewisser Theologen.

Karl Heinz Spalt in *Darmstadt* (Wilhelm Gläsingstraße 6) hat eine *Internationale Friedenskorrespondenz* gegründet, deren Ziel ist, die verschiedenen Friedensbewegungen und Friedensorganisationen einander näher zu bringen.

Mit vorbildlicher Energie geht die katholische Friedensorganisation *Pro Pace* in Zürich ihren Weg. Sie zählt gegenwärtig 60 Mitglieder und hofft, bis zum Herbst 100 zu zählen. Möge dieser Wunsch reichlich erfüllt werden! (Adresse: Westbühlstraße 75, Zürich.)

In *Dänemark* hat, wie man nachträglich erfährt, im Frühjahr des letzten Jahres die Jungmannschaft zweier Dörfer zu zwei Drittel den Zivildienst statt des Militärdienstes erwählt.

fache Bewegung von der toten zur lebendigen Schweiz hin. Sie hat schon vor 1914 eingesetzt, hat auch nicht auf Spittlers berühmte Rede gewartet, sondern lange vor ihm und dann nach ihm, mit größerem persönlichen Einsatz für eine unabhängige und wirkliche Schweiz gearbeitet, gekämpft, gelitten. In mannigfachen Formen ist diese Bewegung aufgetreten. Es ist kein Lebensgebiet, auf dem sie nicht den Spaten angefetzt hat, aber sie hat auch gefät und gebaut. Auch die Wahrheit, die Lang und seine Freunde vertreten, ist ihr nicht unbekannt gewesen, nur daß sie dieselbe in eine größere Weite stellt. Aber davon weiß dieses Buch nichts. Es weiß bloß von Gonzague de Reynold zu berichten und von einigen verfassungsrechtlichen Versuchen. Nun ist das ja keine neue Erfahrung. Sie ist in der „toten“ Schweiz nur zu sehr üblich. Vielleicht hängt es auch mit der demokratistischen Entartung zusammen, daß jeder, der bei uns eine Idee, ein Werk, eine Bewegung in Szene setzt, sich auf's Ängstlichste davor hütet, von denen zu reden, die ihm vorgegangen sind, und denen er vielleicht das Beste verdankt — es sei denn, daß er ihnen, sie absichtlich oder unabsichtlich mißdeutend, einige Streiche oder Stiche oder Fußtritte versetzt. Lang behauptet gerade darin immerhin eine gewisse Noblesse. Aber dieser Krebskrankheit des heutigen Schweizertums entgeht auch er nicht ganz. So lange diese Krankheit nicht geheilt ist, so lange Egoismus, Eifersucht, Kleinlichkeit und Neid auch diejenigen trennen, die eine „lebendige“ Schweiz wollen, wird, trotz vortrefflichen Büchern, wie das von Lang eines bleibt, die Schweiz nur immer tiefer in den Tod versinken. L. R.

Verdankung.

Mit warmem Dank zeigen wir die folgenden Gaben an, die seit anfangs Juli uns zugegangen sind:

Für die Arbeitslosen: F. W. i. Fr. Fr. 200.—; D. G. i. A. 10.—; A. B. i. B. 5.—; N. N. i. D. 20.—; Ungen. i. M. 20.—; F. W. i. Fr. 50.—; A. G. i. O. (statt eines Hochzeitsgeschenkes) 10.—; E. T. i. O. 20.—. *Total: Fr. 335.—.*

Für die Hungernden in China: U. W. i. L. Fr. 10.—; O. W. i. B. 50.—; Fr. W. i. Fr. 25.—; D. G. i. A. 10.—; von Ungen. durch Pfr. J. M. i. B. 100.—; Fr. W. i. Fr. 50.—; O. W. i. B. 50.—; O. W. i. B. 50.—. *Total: Fr. 345.—.*
L. und C. Ragaz.

Berichtigung.

Die Bemerkung im Juli/Augustheft S. 344 unten: „Auch darum sind die deutschen protestantischen Pfarrer mehr oder weniger hitlerisch“ kann nur durch ein Versehen beim Abschreiben meines Manuskriptes in den Text gekommen sein. Ich habe jedenfalls geschrieben: „in ihrer großen Mehrheit“, und bei der Korrektur den Fehler übersehen. Es sei ferner berichtigt: S. 335, Zeile 22 von unten soll es heißen: „zu dem“ (statt „zum“); S. 337, Zeile 23 von oben: „Frankreich und Polen“ (statt „Polen“); S. 341, Zeile 8 von unten: „es“ (statt „sie“); S. 294, Zeile 10 von oben: „von“ (statt „vor“); S. 300, Zeile 16 von unten: „nie tun kann“ (statt „nie kann“).

Redaktionelle Bemerkungen.

Dieses Heft hat wieder größeren Umfang angenommen; dafür müssen vielleicht spätere etwas verkürzt werden. Es eignet sich wohl für die Propaganda.

Das Programm von *Arbeit und Bildung* soll im Oktoberheft erscheinen, das darum etwas früher herauskommen wird.

Auf die Bedeutung des Aufsatzes von Frank auch für die jetzige deutsche Lage ist schon hingewiesen worden.